



## LEITLINIEN

Perspektiven für das  
Bergische Städtedreieck



# Inhalt

## Vorwort von Präsident und Hauptgeschäftsführer

Regionale Wirtschaftskraft stärken – Voraussetzungen für erfolgreiches Wirtschaften sichern 2

## Oberziel I: Wirtschaftsnahe Infrastruktur stärken

Ohne Flächen kein Gewerbe – Ausreichendes Angebot schaffen 4

Wachstum braucht Wege – Verkehrsinfrastruktur sichern, Engpässe beseitigen 6

Wirtschaft unter Strom – Für funktionierende Energie- und Rohstoffmärkte 8

## Oberziel II: Bildung verbessern, Fachkräfte sichern und Innovationen fördern

Azubis sind Zukunft – Ausbildung und Berufsorientierung verbessern 10

Schlaue Köpfe für die Region – Fachkräfte sichern und Wissenstransfer verstärken 12

## Oberziel III: Struktur und Image der Region verbessern

Bergisch oder gar nicht – Nur gemeinsam kann das Städtedreieck erfolgreich sein 14

Wir sind (auch) Rheinland – Metropolregion mit Leben füllen 16

Berg(isch) is beautiful – Standortattraktivität für Einzelhandel, Hotels und Gaststätten erhöhen 18

Freie Bahn für junge Unternehmer – Städtedreieck für Existenzgründer attraktiver machen 22

## Oberziel IV: Kommunen müssen wieder handlungsfähig werden

Schulden ohne Ende? Wirtschaft erwartet Maßhalten und Effizienz 24

Impressum 28

► **Vorwort von Präsident und Hauptgeschäftsführer**

## **Regionale Wirtschaftskraft stärken – Voraussetzungen für erfolgreiches Wirtschaften sichern**



IHK-Präsident Friedhelm Sträter

Das Bergische Städtedreieck ist eine ebenso starke wie traditionsreiche Wirtschaftsregion. Dafür sorgen vor allem die vorwiegend mittelständischen bergischen Unternehmen. Deren Tatkraft, Ideenreichtum und unternehmerischer Umsicht ist es zu verdanken, dass unsere Region immer noch über eine vergleichsweise hohe Ertragskraft verfügt. Aber unser Standort steht auch vor großen Herausforderungen. Diese erfordern klare und mutige Entscheidungen sowie vor allem auch regionalpolitische Weichenstellungen. Die Industrie- und Handelskammer Wuppertal-Solingen-Remscheid hat deshalb ihr zuletzt 2007 erschienenes regionalpolitisches Forderungspapier „Perspektiven für das Bergische Städtedreieck“ komplett überarbeitet.

Die Neufassung erfolgte in enger Zusammenarbeit der IHK-Geschäftsführung mit dem Arbeitskreis Strategie der Vollversammlung unter Leitung von IHK-Vizepräsident Stefan Kirschsieper. Dabei wurden die vielfältigen Anregungen und Vorschläge aus der Unternehmerschaft aufgegriffen und in die Leitlinien integriert. Diese größtmögliche Einbindung der Unternehmerinnen und Unternehmer war uns wichtig, denn ihre Bedürfnisse und Interessen stehen im Mittelpunkt der Ziele und Pläne der IHK. Deshalb dokumentiert die vorliegende Broschüre auch die Leitlinien für die Arbeit unseres Hauses in den nächsten Jahren. Wir haben den Begriff „Leitlinien“ aus diesem Grund ganz bewusst erstmals in den Titel geschrieben.

### **Vier Oberziele für das Bergische Städtedreieck**

1. Wirtschaftsnaher Infrastruktur stärken
2. Bildung verbessern, Fachkräfte sichern und Innovationen fördern
3. Struktur und Image der Region verbessern
4. Kommunen müssen wieder handlungsfähig werden



IHK  
Zukunft  
Verkehr Gewerbeflächen  
nige Kommunen Fachkräfte Bergisch Wachstum IHK  
achkräfte Wirtschaftskraft Arbeit Effizienz  
Infrastruktur Unternehmer Image  
Wirtschaftskraft Fachkräfte Effizienz WirtschaftskraftNRW

Inhaltlich haben wir diesmal die Forderungen stärker gebündelt. Unter dem Leitziel „Regionale Wirtschaftskraft stärken – Voraussetzungen für erfolgreiches Wirtschaften sichern“ wurden vier Oberziele identifiziert: „Wirtschaftsnahe Infrastruktur stärken“, „Bildung verbessern, Fachkräfte sichern und Innovationen fördern“, „Struktur und Image der Region verbessern“, „Kommunen müssen wieder handlungsfähig werden“. Im Rahmen dieser Oberziele sind wir auf ganz konkrete Themen eingegangen, die den Unternehmen „auf den Nägeln brennen“. Das reicht von einer möglichen Ikea-Ansiedlung in Wuppertal über die Auswirkungen des demografischen Wandels bis hin zu den jüngsten Gewerbesteuererhöhungen in den bergischen Großstädten. Natürlich nehmen wir auch zu den Themen Bergische Kooperation und Metropolregion Rheinland Stellung.

Viele der in diesen Leitlinien genannten Probleme und Fragestellungen können nur von Politik, Wirtschaft und Verwaltung gemeinsam gelöst werden. Deshalb richten sich viele Forderungen nicht nur an die politisch Verantwortlichen, sondern auch an die Unternehmen und die IHK selbst. Wir alle sind dafür verantwortlich, dass das Bergische Städtedreieck die Herausforderungen der Zukunft meistert. Als regionales „Parlament der Wirtschaft“ hat die Vollversammlung der IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid diese Leitlinien in ihrer Sitzung am 24. November 2011 abschließend beraten und einstimmig verabschiedet. Die Unternehmerinnen und Unternehmer haben damit einmal mehr gezeigt, dass sie bereit sind, Verantwortung für ihre Heimat zu übernehmen.



IHK-Hauptgeschäftsführer Michael Wenge

  
Friedhelm Sträter

  
Michael Wenge

Unternehmer Wirtschaftskraft Image  
handlungsfähige Kommunen Bildung Gewerbeflächen  
ion Verkehr NRW Image Arbeit  
ie Azub  
gion  
Energie  
tropolregion  
fizien  
achstum  
Bergisch

## ► **Oberziel I: Wirtschaftsnahe Infrastruktur stärken**

# Ohne Flächen kein Gewerbe – Ausreichendes Angebot schaffen

Das Bergische Städtedreieck benötigt für seine wirtschaftliche Entwicklung ein ausreichendes Angebot an Gewerbeflächen. Doch aufgrund der Topographie und der gewachsenen Strukturen mangelt es an großen zusammenhängenden Gebieten. Die noch zur Verfügung stehenden Flächen werden in einigen Jahren verbraucht sein. Es ist also höchste Zeit, die Weichen für die Entwicklung neuer Gewerbeflächen zu stellen. In der Summe wird ein regionaler Bedarf von 30 bis 36 Hektar pro Jahr gesehen. Schon heute können viele Nachfragen nicht befriedigt werden. Allein in Wuppertal mussten in den vergangenen sechs Jahren über 300 Firmen abgewiesen werden, die Flächen angefragt hatten. Während Solingen, insbesondere mit dem Gewerbepark Piepersberg, noch über ein attraktives Gewerbeflächenangebot verfügt, stößt Remscheid an seine Grenzen. Neue Potenziale müssen daher möglichst schnell erschlossen und Brachflächen revitalisiert werden.

Eine rentierliche Entwicklung von Gewerbeflächen ist in vielen Fällen aus eigener Kraft aber nicht möglich. Ein gutes Beispiel ist hierfür der geplante Gewerbepark Kleine Höhe in Wuppertal. Dort treibt die notwendige komplexe Entwässerung die Erschließungskosten so sehr in die Höhe, dass der Stadt die Entwicklung dieser Fläche unmöglich wird. Nur mit einer entsprechenden Landesförderung könnte das Projekt doch noch realisiert werden.

## **Förderrichtlinien des Landes passen nicht zur besonderen Topographie des Städtedreiecks**

Das Land fördert zurzeit nur die Entwicklung von Brachflächen mit einer Mindestgröße von fünf Hektar. Solche

Flächen sind im Städtedreieck aber gar nicht vorhanden, so dass die Förderung des Landes vollständig an der Region vorbeigeht. Die Förderrichtlinien müssen deshalb dringend verändert oder alternativ eine gesonderte Förderung für das Städtedreieck eingerichtet werden. Künftig muss auch die Entwicklung kleinerer Brachen sowie die Erschließung neuer Flächen förderfähig sein. Denn trotz aller Bemühungen um die Revitalisierung von Brachflächen wird das Bergische Städtedreieck nicht um die Entwicklung neuer Gebiete herumkommen.

Mit der Revitalisierung von gewerblichen Brachen, die sich in privatem Besitz befinden, könnten weitere Flächenpotenziale erschlossen werden. Auch hier muss die Landesregierung aber entsprechende Förderinstrumente bereitstellen.

Die drei bergischen Großstädte entwickeln zurzeit unter der Moderation der Bergischen Entwicklungsagentur und gemeinsam mit der bergischen IHK sowie der Handwerkskammer Düsseldorf ein regionales Gewerbeflächenkonzept. Es ist geplant, dass die jeweiligen Räte das Konzept Anfang 2012 beschließen. Aus Sicht der IHK muss der Landesregierung mit dem gemeinsamen Konzept die bedrohliche Situation dargelegt und die dringende Notwendigkeit für veränderte Förderrichtlinien deutlich gemacht werden.

Die Prognose des zukünftigen Gewerbe- und Industrieflächenbedarfs darf nicht auf dem durchschnittlichen Flächenverbrauch der letzten Jahre basieren. Es muss vielmehr ein bedarfsorientierter Ansatz verfolgt werden. Dieser hat die weltweit wachsenden Märkte und die damit steigenden Absatzchancen heimischer Unternehmen ebenso zu

berücksichtigen, wie die Rationalisierung von Produktionsprozessen sowie die Ansprüche flächenintensiver Produktionsbetriebe und der Logistikbranche.

Dort wo sich die Entwicklung von Gewerbeflächen nicht lohnt, rücken oft konkurrierende Nutzungen, wie großflächiger Einzelhandel oder der Ausbau regenerativer Energien, in den Blickpunkt. Beispielsweise wird derzeit geprüft, ob in Wuppertal im Bereich Kleine Höhe Windräder gebaut werden sollen, statt das Gelände als Gewerbegebiet zu nutzen. Solche Überlegungen scheinen auf den ersten Blick verlockend – letztendlich drohen dadurch aber die Flächen für die industriell-gewerbliche Nutzung noch knapper zu werden. Dies sollte unbedingt vermieden werden. Im Einzelfall ist daher gründlich abzuwägen, welcher Nutzung der Vorrang gegeben werden soll.

## **Übertriebene Naturschutzregelungen verursachen Fehlsteuerungen**

In vielen Fällen verhindert auch das Naturschutzrecht sinnvolle Lösungen. Das zeigt das Beispiel des Wuppertaler Gewerbegebiets VohRang exemplarisch: Nach langjährigen Bemühungen hatte die Stadt Wuppertal einen alten Rangierbahnhof der Bahn gekauft, der in den siebziger Jahren stillgelegt worden war und seitdem brachgelegen hatte. Die besonders geeignete Gewerbenutzung auf der circa 30 Hektar großen Fläche war bereits im Gebietsentwicklungsplan und im Flächennutzungsplan der Stadt vorbereitet worden. Dann wurde festgestellt, dass sich auf der Brache Zauneidechsen angesiedelt hatten und weitere 50 unter Naturschutz stehende Arten nachzuweisen waren. Aufgrund der Artenschutzbestimmungen konnte deshalb die Hälfte der Brachfläche

**Gewerbeflächen**



Gewerbeflächen wie hier am Piepersberg in Solingen werden knapp, insbesondere in Remscheid besteht Handlungsbedarf.

nicht mehr als Gewerbegebiet entwickelt werden. Insgesamt stehen heute nur 11,65 Hektar Gewerbefläche im Gewerbegebiet VohRang zur Verfügung. Es ist dringend erforderlich, dass Bundesregierung und EU-Kommission derart offensichtliche Fehlsteuerungen durch die EU-Naturschutzrichtlinien endlich beseitigen. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag in Berlin und vor allem seine Vertretung in Brüssel müssen die Interessen der Wirtschaft in diesem Punkt wirksam vertreten.

Häufig entstehen dort, wo Gewerbeflächen erschlossen, Betriebe an- oder umgesiedelt werden sollen, auch Widerstände in der Bevölkerung. Es ist eine gemeinsame Aufgabe von Politik und Wirtschaft, auf die Notwendigkeit von Gewerbeflächen hinzuweisen. Es muss deutlich gemacht werden, wie wichtig Industrie und Gewerbe für Wachstum und Wohlstand unserer Region sind, um so mehr Akzeptanz zu erzeugen und Widerstände einzudämmen.

## Forderungen der IHK



- ▶ Gewerbeflächen im Städtedreieck gemeinsam entwickeln und vermarkten
- ▶ Gemeinsame Interessenvertretung der Region auf Bezirks- und Landesebene
- ▶ Landesförderung muss bergische Besonderheiten bei Gewerbeflächen berücksichtigen
- ▶ Gewerbeflächen nicht durch andere Nutzungen zusätzlich verknappen
- ▶ Bundesregierung und EU-Kommission müssen Fehlsteuerungen durch EU-Naturschutzrichtlinien beseitigen
- ▶ In der Bevölkerung wieder mehr Bewusstsein für die Bedeutung von Industrie und Gewerbe für den Wohlstand in der Region wecken

► **Oberziel I: Wirtschaftsnahe Infrastruktur stärken**

# Wachstum braucht Wege – Verkehrsinfrastruktur sichern, Engpässe beseitigen

Eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für unsere moderne arbeitsteilige Wirtschaft. Nicht umsonst spielt die Qualität der Verkehrsanbindung eine entscheidende Rolle bei der Standortwahl von Unternehmen. Das Bergische Städtedreieck kann hier punkten: Die Region ist mit den Autobahnen A 1, A 3, A 46 und A 535 gut an das Bundesfernstraßennetz angebunden. Ein enges Netz von Bundes- und Landesstraßen ergänzt diese Struktur.

Dieser Standortvorteil ist jedoch gefährdet. Seit Jahren investieren Land und Bund viel zu wenig in die Infrastruktur. Das betrifft sowohl den Neubau als auch den Erhalt. Aus diesem Grund sind auch im Städtedreieck viele Straßen in einem bedauernswerten Zustand, kommen wichtige Lückenschlüsse nicht voran. Dieser Zustand muss sich dringend ändern. Die chronische Unterfinanzierung unserer Infrastruktur muss endlich beendet werden.



NRW ist das „Stauland“ Nummer 1 in Deutschland. Ein Grund: Zu geringe Investitionen in die Infrastruktur.

## Kiesbergtunnel in Wuppertal sanieren

Die rot-grüne Landesregierung will sich vorrangig um den Erhalt von bestehenden Straßen, Brücken und Tunneln kümmern. Angesichts der Tatsache, dass über 50 Prozent aller Landesstraßen in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand sind, ist dies sicherlich vernünftig. Schwer nachvollziehbar ist dann jedoch, dass das Verkehrsministerium überlegt, den Wuppertaler Kiesbergtunnel nicht zu sanieren, sondern zu schließen. Der Tunnel ist mit täglich 17.000 Fahrzeugen eine wichtige Verbindung zwischen den westlichen und südlichen Wuppertaler Stadtteilen und der A 46. Eine Schließung würde zu massiven Problemen im innerstädtischen Verkehr in Wuppertal führen. Erfreulicherwei-

se haben die Proteste von IHK, Stadt, Wuppertaler Stadtwerken und anderen Unternehmen dazu geführt, dass der Tunnel zumindest für die Dauer des Döppersberg-Umbaus offen bleiben soll. Wie es danach weitergeht ist jedoch offen. Die IHK fordert, den Tunnel auf jeden Fall zu sanieren.

## Beseitigung von „Flaschenhälsen“ nicht vernachlässigen

Zudem darf die Beseitigung von „Flaschenhälsen“ und Lücken nicht zu sehr vernachlässigt werden. Dies gilt auch im Bergischen Städtedreieck. Bedauerlicherweise hat die Landesregierung die Planungen für eines der wichtigsten

Verkehrsprojekte in der Region, den Bau einer neuen Anbindung Solingens an die A 3, direkt nach dem Machtwechsel 2010 eingestellt. Jetzt sollen die ständigen Staus durch den Bau einer neuen Fahrspur in der derzeitigen Anschlussstelle gemildert werden. Die IHK ist sicher, dass dieser Versuch zum Scheitern verurteilt ist. Ein neuer Anschluss bleibt notwendig.

Im Zuge einer „Priorisierungsliste“ wurden im September 2011 weitere wichtige bergische Straßenprojekte „beerdigt“. Betroffen sind die Ortsumgehung Bergisch Born (B 51n) und die Neuführung der Straße südlich Bergisch Born (B 237n). Beide Projekte sind im Bundesverkehrswegeplan als „vordringlicher Bedarf“ enthalten. Weiter

geplant werden im Städtedreieck nur noch der Ausbau der Wuppertaler Parkstraße (L 419) und die Südumgehung Remscheid-Lennep. Letztere wird jedoch mit Sicherheit auch nicht verwirklicht, weil sich die Remscheider Politik einmütig dagegen ausgesprochen hat. Umso wichtiger ist es, dass zumindest der Ausbau der Wuppertaler Parkstraße erfolgt. Mit ihm würde die Wuppertaler Südtangente vollendet und damit eine neue, die A 46 und die Talachse entlastende Verbindung zwischen A 46 und A 1 geschaffen. Die jetzige, völlig überlastete „Buckelstrecke“ sorgt für ständige Staus und damit verbundene Lärm- und Schadstoffbelastungen.

## Müngstener Brücke erhalten

In den vergangenen Jahren konnte die schleichende Verringerung der ICE- und IC-Verbindungen der Region gestoppt werden. Damit war der diesbezügliche gemeinsame Kampf von IHK und bergischen Städten erfolgreich. Durch den geplanten Ausbau des Solinger und des Wuppertaler Hauptbahnhofs scheint auch zukünftig die Fernverkehrsanbindung der Region gesichert zu sein. Damit wurden die entsprechenden Forderungen der IHK erfüllt.

Auch im Nahverkehr gibt es Fortschritte zu verzeichnen. Seit 2010 fahren auf mehreren S-Bahn-Linien endlich moderne Züge, bei der Regionalbahn 47 („Müngstener“) wird dies ab Dezember 2013 geschehen. Auch hier zeigte der gemeinsame Einsatz von IHK und bergischen Großstädten Erfolg. Die Strecke wurde – wie jahrelang gefordert – ausgeschrieben und der neue Betreiber Abellio verpflichtete sich zum Einsatz moderner, barrierefreier Züge.

Für diese neuen Züge könnte allerdings die Müngstener Brücke zum Problem werden. Diese befindet sich in einem sehr schlechten Zustand und darf derzeit nur von leichten DB-Regional-



Viel mehr als ein Bauwerk: Die IHK fordert den Erhalt der Müngstener Brücke.

zügen befahren werden. Die IHK fordert deshalb, dass die Deutsche Bahn AG die Brücke dauerhaft saniert und so auch die Überfahrt durch die geplanten modernen Abellio-Züge möglich wird.

## Schienengüterverkehr langfristig sichern

Der Schienengüterverkehr spielt im Bergischen Städtedreieck nur eine un-

tergeordnete Rolle. Das hat eine entsprechende Umfrage der IHK im Sommer 2011 ergeben. Dennoch gibt es eine Reihe von heimischen Unternehmen – insbesondere in Remscheid –, die auf den Eisenbahntransport angewiesen sind. Die IHK fordert deshalb von der Deutschen Bahn AG, die Schieneninfrastruktur von und nach Remscheid entsprechend zu pflegen. Das betrifft auch die dazugehörigen Tunnel und Brücken.

## Forderungen der IHK



- ▶ Investitionen in Verkehrswege deutlich steigern
- ▶ Kiesbergtunnel in Wuppertal sanieren – Erreichbarkeit Wuppertals erhalten
- ▶ „Flaschenhalse“ im Landstraßennetz beseitigen – L 419 endlich ausbauen
- ▶ Solingen besser an die A 3 anbinden – Neuer Anschluss bleibt wichtig
- ▶ Müngstener Brücke erhalten und für moderne Züge ertüchtigen
- ▶ Schienengüterverkehr langfristig sichern

## ► **Oberziel I: Wirtschaftsnahe Infrastruktur stärken**

# Wirtschaft unter Strom – Für funktionierende Energie- und Rohstoffmärkte

Das Bergische Städtedreieck ist als Industriestandort zwingend auf günstige und sichere Energiequellen angewiesen. Der Strompreis für industrielle Verbraucher hat sich in den vergangenen Jahren aber immer weiter erhöht und liegt im europäischen Ländervergleich weit über dem Durchschnitt. Nur in Zypern, Italien, auf Malta und in der Slowakei ist der Strom teurer als in Deutschland. Das bringt Nachteile im Wettbewerb und macht den Standort Deutschland für internationale Investoren unattraktiver. Vor allem die hohen Steuern und Abgaben, auch zur Förderung der Erneuerbaren Energien, treiben die Energiekosten in die Höhe. Und die nach dem Atomunfall in Japan beschlossene „Energiewende“ wird die Kosten weiter deutlich steigern.

Mit dem Kongress „Hundertprozentig.erneuerbar“ wurde ein Signal für den Ausbau der regenerativen Energien in der Region gesetzt. Die Bergische Universität Wuppertal, die Bergische Entwicklungsagentur, die Energie-Agentur NRW, die Kreishandwerkerschaft Wuppertal, das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und der Wuppertalverband luden auf den Campus Freudenberg der Bergischen Universität ein, um mit den Gästen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik über die Potenziale der erneuerbaren Energien für die Region zu diskutieren.

Bei allen Bemühungen um die Förderung der regenerativen Energien darf jedoch nicht verkannt werden, dass ihr Beitrag zur Energieversorgung begrenzt sein wird und dass wir noch lange Zeit auf konventionelle Kraftwerkstechnologien und fossile Brennstoffe angewiesen sein werden. Unternehmen müssen darauf bauen können, dass vor allem die Stromversorgung nachhaltig gesichert ist und der internationale Wettbewerb

nicht durch stark unterschiedliche Stromkosten in den einzelnen Ländern verzerrt wird. Unbeständige und international unterschiedliche Rahmenbedingungen, die durch politische Richtungsänderungen verursacht werden, wirken sich schädlich auf die Wettbewerbsfähigkeit und Investitionsbereitschaft der Unternehmen aus.

Die günstigste Energie ist diejenige, die man nicht braucht. Energie- und Ressourceneffizienz ist daher das Gebot der Stunde. Das haben die Unternehmen erkannt. Daher bietet die IHK ihren Unternehmen zahlreiche Unterstützungsangebote in Form von Beratung, Informationsveranstaltungen und der Vermittlung finanzieller Förderhilfen an.

## **Ressourceneffizienz ist das Gebot der Stunde**

Ein Gutachten der Unternehmensberatung Agiplan bescheinigt dem Bergischen Städtedreieck besondere Kompetenzen im Bereich der Ressourceneffizienz. Rund 170 Unternehmen der Region sind bereits als Anbieter von ressourceneffizienten Produkten und Dienstleistungen tätig. Namhafte Einrichtungen wie die Energie-Agentur NRW oder das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie haben ihren Sitz in Wuppertal. Dieses Potenzial will die Region nutzen und fördern. Mit der Einrichtung eines Ressourcen-Effizienz-Zentrums sollen die Kompetenzen gebündelt und für die heimischen Unternehmen nutzbar gemacht werden.

Bei allen Einsparmöglichkeiten gilt es für die Unternehmen aber auch, den Wettbewerb auf den Energiemärkten zu nutzen. Die Energielieferanten vor Ort sind gut beraten, wenn sie preisgünstig anbieten und sich nicht zu sehr auf ih-

ren „Heimvorteil“ verlassen. Zusätzliche Dienstleistungen, wie Contracting oder die Unterstützung bei der Einführung von Energiemanagementsystemen, können den Unternehmen helfen, effizient mit dem Faktor Energie umzugehen.

Die explodierenden Rohstoffkosten bereiten den bergischen Unternehmen große Sorge. So haben sich beispielsweise die Preise für Industriemetalle seit 1999 vervierfacht. Dies ist auf eine weltweit steigende Nachfrage nach Rohstoffen zurückzuführen. Hinzu kommt, dass kritische Rohstoffe häufig aus Ländern stammen, die durch eine unsichere politische und wirtschaftliche Lage gekennzeichnet sind, was zu Problemen bei der Rohstoffversorgung führen kann.

Das Problem eines sicheren und günstigen Angebots an Rohstoffen kann regional nicht gelöst werden. Es ist Aufgabe der Bundespolitik, den freien Handel mit Rohstoffen sicherzustellen. Das einzelne Unternehmen kann eine Rohstoffstrategie entwickeln, die das Risiko minimiert. Wesentliche Aspekte einer solchen Strategie können zusätzliche Beschaffungsquellen, die Substitution kritischer Rohstoffe oder die Nutzung technischer Möglichkeiten zum Verzicht auf kritische Rohstoffe sein.

Die IHK-Organisation hat das Thema Energie und Rohstoffe zu ihrem Jahresthema 2012 gemacht, um so den Unternehmen Lösungswege aufzuzeigen und den Druck auf die Politik zu erhöhen.



Gerade das Bergische Städtedreieck mit seiner starken Industrie ist auf bezahlbare Energie angewiesen.



## Forderungen der IHK



- ▶ Verlässliche Rahmenbedingungen und Kontinuität in der Energiepolitik schaffen
- ▶ Fairen Wettbewerb durch international vergleichbare Rahmenbedingungen in der Energiepolitik sicherstellen
- ▶ Sichere und kostengünstige Energie durch breiten Energiemix gewährleisten
- ▶ Energie- und Ressourceneffizienz steigern
- ▶ Wettbewerb auf den Energiemärkten nutzen
- ▶ Unternehmen müssen eigene Rohstoffstrategien entwickeln

► **Oberziel II: Bildung verbessern, Fachkräfte sichern und Innovationen fördern**

# Azubis sind Zukunft – Ausbildung und Berufsorientierung verbessern

Die Ausbildungsbereitschaft der bergischen Betriebe ist traditionell sehr hoch. Vor allem in den zahlreichen Familienunternehmen der Region ist ein starkes Ausbildungsengagement in der Unternehmenskultur verankert. Auch die Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Berufsschulen funktioniert ausgesprochen gut.

Bis vor wenigen Jahren war der Ausbildungsmarkt geprägt von einem Überhang an Bewerbern. In letzter Zeit hat sich die Situation zunehmend entspannt. Die Zahl der Ausbildungsplatzangebote konnte dank des Engagements der Unternehmen erhöht werden und die Zahl der Bewerber sinkt. Viele Betriebe spüren den Bewerberrückgang bereits. Nach dem doppelten Abiturjahrgang des Jahres 2013 wird sich dieser Trend noch deutlich verstärken.

## Ausbildungsmarketing wird für Betriebe unverzichtbar

Qualifizierte Bewerber können sich inzwischen ihren Ausbildungsbetrieb

aussuchen. Der „Kampf um die klugen Köpfe“ hat begonnen. Zunehmend müssen sich deshalb die Betriebe bei den Jugendlichen bewerben und ihre Attraktivität als Ausbildungsbetrieb belegen. Gerade für kleine und mittlere Betriebe, insbesondere wenn diese auch noch in den für Jugendliche weniger populären Berufen ausbilden, liegt hierin eine erhebliche Herausforderung. Zielgruppenorientiertes Ausbildungsmarketing wird für sie unverzichtbar.

Soziale Netzwerke im Internet sind für die Schulabsolventen eine wichtige Plattform für Informationsbeschaffung und -austausch. Unternehmen, die dort präsent sind, haben im Wettbewerb um die besten Bewerber deutliche Vorteile. Desweiteren wird die Präsentation der eigenen Ausbildungsleistung auf Ausbildungsbörsen und die Teilnahme an Bewerberdatings immer wichtiger. Ebenfalls erfolgversprechend sind Partnerschaften mit Schulen. Über eine langfristig angelegte Zusammenarbeit können die Betriebe frühzeitig Jugendliche für ihr Unternehmen und die dort angebotenen Berufe interessieren.

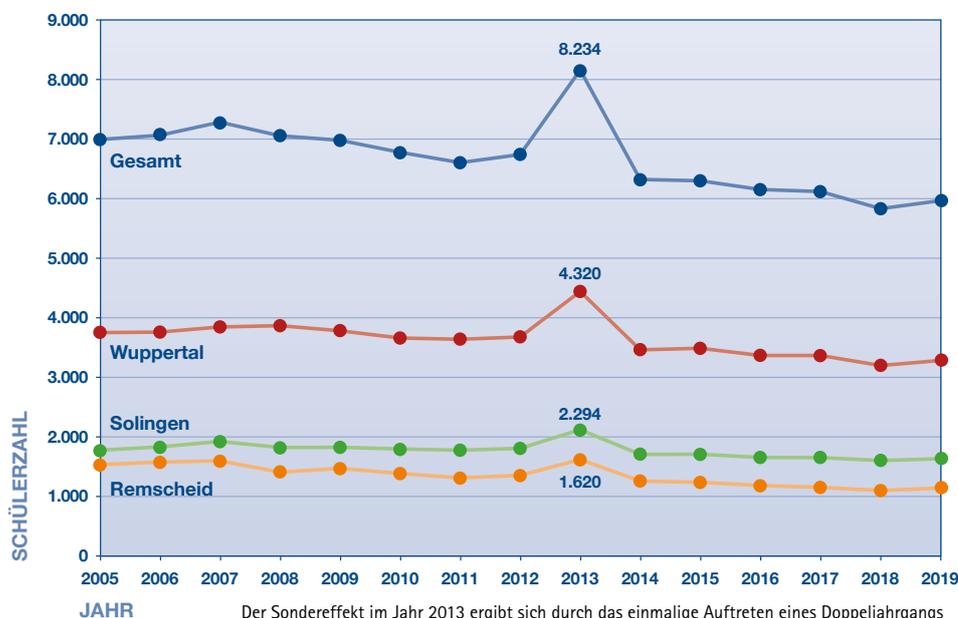
## Ausbildungsreife sichern und Jugendliche für Ausbildung begeistern

Trotz zahlreicher unterstützender Maßnahmen haben viele Schulabgänger Defizite in den grundlegenden Kulturtechniken wie Schreiben und Rechnen. Die allgemeinbildenden Schulen müssen deshalb verstärkt an einer Verbesserung arbeiten.

Gerade vor dem Hintergrund der zurückgehenden Schulabgängerzahlen darf kein Jugendlicher dem Ausbildungssystem verloren gehen. Den Schülerinnen und Schülern muss das System der dualen Ausbildung mit seinen zahlreichen verschiedenen Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten frühzeitig nahe gebracht werden. Dies gilt in besonderer Weise auch für die Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte, in deren Elternhäusern nur geringe Kenntnisse über eine Berufsausbildung in Deutschland vorhanden sind. Deshalb müssen auch die Eltern in die Informationsvermittlung mit einbezogen werden.

Sprache ist der Schlüssel zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie für den schulischen und beruflichen Erfolg. Gute Deutschkenntnisse sind deshalb unverzichtbar. Viele Kinder mit Zuwanderungsgeschichte wachsen zweisprachig auf. Diese Sprachkompetenzen der Kinder sollten weiter wach gehalten werden.

Bereits ab der 7. Klasse sollten die Schüler einen Überblick über die Anforderungen in den verschiedenen Berufssparten bekommen. Durch frühzeitige und sachgerechte Informationen lassen sich die Jugendlichen auch für weniger beliebte Berufe begeistern. So kann dem derzeit schlechten Ruf von vor allem gewerblich-technischen Berufen entgegen gewirkt werden.





Jugendliche müssen für Ausbildung begeistert werden.

Beim Übergang von der Schule in den Beruf müssen die Jugendlichen unterstützt werden. In den drei bergischen Großstädten engagiert sich hier erfreulicherweise eine Vielzahl von Akteuren. Sie bieten eine breite Palette an Angeboten für eine zielgerichtete Berufsorientierung. Diese Aktivitäten erfolgen aber teilweise unabgestimmt und isoliert voneinander, so dass ein intransparenter „Wildwuchs“ entstanden ist. Das hat zur Folge, dass die Ressourcen nicht effektiv genutzt werden. Daher ist es wichtig, Transparenz zu schaffen und die Projekte in einem Bildungsatlas zu kategorisieren. Eine Expertengruppe hat unter der Federführung der bergischen IHK und der Bergischen Entwicklungsagentur eine erste Version des Bildungsatlasses erarbeitet; seine Vervollständigung und Aktualisierung erfordert die Kooperation aller Akteure auf diesem Gebiet.

### Angebote für starke und schwächere Schüler schaffen

Auch leistungsschwächere Jugendliche dürfen nicht aus den Augen verloren werden. Ihnen gilt es zunächst Chancen durch Praktika oder Einstiegsqualifizierungen für eine Ausbildung zu geben. Ist dies nicht zielführend, sind sie durch Anlern Tätigkeiten in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Auch sie werden wir in den nächsten Jahren als „Anlernfachkräfte“ brauchen.

Für leistungsstärkere Jugendliche sind duale Studiengänge eine reizvolle Verbindung von Ausbildung und Studium sowie eine zeit- und ressourcenschonende Alternative zum Hochschulstudium. Die Verbindung von beruflicher und akademischer Bildung bietet besonders motivierten Schulabsolventen eine Herausforderung, um sich als exzellente künftige Fach- und Führungskräfte zu empfehlen. Das bereits an der Bergischen Universität Wuppertal vorhandene Angebot an dualen Studiengängen sollte deshalb weiter ausgebaut werden.

„Karriere durch Lehre“ mit der Kombination von betrieblicher Ausbildung und IHK-Aufstiegsbildung ist ein Erfolgsmodell. Es wird durch die demografische Entwicklung noch weiteren Auftrieb erhalten, weil die Nachfrage insbesondere nach dual ausgebildeten Fachkräften, die sich stets weiterbilden, stark zunimmt. Die Karriere kann dabei sogar ohne schulische Hochschulberechtigung an die Universitäten und Fachhochschulen des Landes führen. Denn in den letzten Jahren wurde Meistern, Fachwirten und Fachkauleuten der Zugang zur Hochschule ermöglicht. Die berufsbegleitenden Studienangebote müssen aber noch mehr auf die Lebens- und Arbeitsumstände der beruflich qualifizierten Studierenden ausgerichtet werden. Vor allem muss dieser Zielgruppe mit einem deutlichen Ausbau der berufsbegleitenden Studienangebote ermöglicht werden, ihre Berufstätigkeit auch während des Studiums aufrechtzuerhalten. Ebenso spielen finanzielle Aspekte sowie die Förderung des Lernens eine wesentliche Rolle, um diesen neuen Bildungsweg begehrbarer zu machen.

## Forderungen der IHK



- ▶ Unternehmen müssen zielgruppenorientiertes Ausbildungsmarketing betreiben
- ▶ Schulen müssen Schüler ausbildungsreif machen und frühzeitig für eine Ausbildung begeistern
- ▶ Berufsorientierungsangebote besser koordinieren
- ▶ Unternehmen sollten auch schwächeren Jugendlichen eine Chance geben
- ▶ Mehr duale Studiengänge für besonders leistungsstarke Jugendliche schaffen
- ▶ Eltern mit Migrationshintergrund müssen Zweisprachigkeit fördern
- ▶ Beruflich Qualifizierten durch angepasste Studienangebote und finanzielle Förderung das Hochschulstudium erleichtern

► **Oberziel II: Bildung verbessern, Fachkräfte sichern und Innovationen fördern**

# Schlaue Köpfe für die Region – Fachkräfte sichern und Wissenstransfer verstärken



Die Bergische Universität Wuppertal spielt eine Schlüsselrolle bei der Sicherung des Fachkräftebedarfs.

Die Verfügbarkeit von Fachkräften wird im Wettbewerb der Regionen zu einem immer wichtigeren Standortfaktor. Neuesten Studien zufolge fehlten im Sommer 2011 allein in Nordrhein-Westfalen bereits 12.800 Ingenieure (Quelle: VDI-/IWK-Ingenieurmonitor 2011). In der Region muss es daher gelingen, Aktivitäten zur Gewinnung von Fachkräften auszubauen sowie die nachfragegerechte Facharbeiterqualifizierung zu fördern und zu optimieren.

Dazu hat sich im Frühjahr 2010 das Bergische Fachkräftebündnis zusammengeschlossen. Das Bündnis ist eine

Initiative von arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Akteuren im Städtedreieck. Das Programm des Bündnisses richtet sich an mittelständische Betriebe. Zunächst möchte die Initiative die Aktivitäten aller Partnerinstitutionen bündeln und intensivieren. Ein Ziel ist dabei die Einrichtung eines gemeinsamen Ansprechpartners für das Thema Fachkräfte. Außerdem soll das Städtedreieck als attraktiver Arbeits- und Lebensraum präsentiert werden, um Absolventen zu halten und Fachkräfte von außerhalb für die Region zu gewinnen. Geplant sind auch die gemeinsame Evaluation bestehender Projekte sowie die

Koordination künftiger Maßnahmen zur Fachkräftesicherung.

Das Fachkräftepotenzial in der Region wird nicht ausreichen, um künftig den Bedarf der heimischen Unternehmen zu decken. Grund hierfür ist die demografische Entwicklung: Bis 2020 wird die Einwohnerzahl des Bergischen Städtedreiecks um drei Prozent sinken – die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sogar um sechs Prozent. Deshalb müssen Fachkräfte aus anderen Regionen in das Städtedreieck geholt werden. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die Bergische Universität Wuppertal. Um möglichst viele junge Menschen für ein Studium dort zu gewinnen, arbeiten IHK und Universität kontinuierlich an der Kommunikation mit jungen Menschen. Gemeinsam sollen die zahlreichen Chancen und beruflichen Möglichkeiten in der Region transparent gemacht werden.

Neben der Förderung der dualen Studiengänge spielen die sogenannten weichen Standortfaktoren eine wichtige Rolle. Gerade für junge Menschen sind der Freizeitwert, die Sportmöglichkeiten sowie das Image einer lebendigen Stadt mit vielen Kontaktmöglichkeiten von besonderer Bedeutung. Auch mit der Teilnahme am Projekt „Studieren im Rheinland“ versucht die IHK junge Menschen für die Region zu begeistern.

## Studierende an die Unternehmen in der Region binden

Begabte Studierende können über das sogenannte Deutschlandstipendium gefördert werden, das zur einen Hälfte von Sponsoren und zur anderen Hälfte durch die öffentliche Hand finanziert wird. Die IHK wirbt bei den Unterneh-

men dafür, sich als Stipendienggeber für die Förderung von Nachwuchskräften zu engagieren und damit dem drängenden Problem des Fachkräftemangels entgegen zu wirken, aber auch, um selbst für den eigenen Betrieb die Brücke zu jungen talentierten Menschen zu schlagen.

Schon am Anfang ihres Studiums müssen die jungen Menschen über Betriebsbesuche, studienbegleitende Projekte und praxisorientierte Arbeiten in den Betrieben an die Unternehmen in der Region gebunden werden. Dadurch entsteht eine Beziehung, die später für den Studierenden einen „sanften“ Berufseinstieg und für den Betrieb eine Stellenbesetzung ohne Friktionen und Unsicherheiten bedeuten kann.

## Durch Kooperationen zwischen Hochschule und Unternehmen Innovationen fördern

Neben der Gewinnung von Fachkräften ist auch der Erhalt der Innovationsfähigkeit für Unternehmen heute überlebensnotwendig. Für die Betriebe ist es deshalb wichtig, den Zugang zu den Forschungs- und Entwicklungskapazitäten der Universität kontinuierlich zu pflegen, um so das dortige wissenschaftliche Know-how nutzen zu können.

Gemeinsam mit der Bergischen Universität will die IHK deshalb die Zusammenarbeit der Unternehmen mit der Universität verstärken. Mit dem Arbeitskreis Wirtschaft/Wissenschaft haben IHK und Universität erste Kontakte geschaffen, die zu gemeinsamen Projekten führen können. Mit Besuchen und Diskussionsrunden in den Betrieben der Region werden die Grundsteine für eine intensive Zusammenarbeit gelegt. In vielen

Fällen wird die gemeinsame Forschung und Entwicklung mit öffentlichen Geldern gefördert. In gemeinsamen Veranstaltungen informieren IHK und Universität über diese Möglichkeiten.

## Regionale Netzwerke ausbauen

Die An-Institute der Bergischen Universität sind die Drehscheiben für die Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft. Das Bergische Institut in Solingen und die Forschungsgemeinschaft Werkzeuge und Werkstoffe in Remscheid sind die Außenstellen der Universität vor Ort und symbolisieren die Verbundenheit der Bergischen Universität mit der Region. Die Institute bilden

das Herzstück von Unternehmensnetzwerken, die gemeinsam das Potenzial der Universität nutzen wollen, um ihre Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und auszubauen. Diese Netzwerke gilt es zu stärken und weiter auszubauen.

Mit dem Forschungsdialog Rheinland schaffen die Bergische Universität und die IHK darüber hinaus die Verbindung zu den Universitäten und Fachhochschulen in Aachen, Bonn, Köln und Düsseldorf. Gemeinsam mit den anderen IHKs im Rheinland und mit Unterstützung des NRW-Innovationsministeriums werden neue Formen der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft ausgelotet, Themen aufgegriffen und in Projekte umgesetzt.

## Forderungen der IHK

- ▶ Alle regionalen Partner müssen gemeinsam für Fachkräftesicherung sorgen
- ▶ Studierende an die Unternehmen in der Region binden
- ▶ Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft fördern
- ▶ Regionale Netzwerke stärken und ausbauen



► **Oberziel III: Struktur und Image der Region verbessern**

## Bergisch oder gar nicht – Nur gemeinsam kann das Städtedreieck erfolgreich sein

Eine noch engere Kooperation im Bergischen Städtedreieck ist für Wuppertal, Solingen und Remscheid auch in den kommenden Jahren unverzichtbar. In der wenig schmeichelhaften Rangliste der am höchsten verschuldeten Kommunen in Nordrhein-Westfalen belegt Remscheid Platz 3, Wuppertal Platz 4 und Solingen immerhin noch Platz 9. Bei der demografischen Entwicklung gibt es ebenfalls Unterschiede zwischen den drei Städten, aber insgesamt sind die Perspektiven deutlich negativer als in den benachbarten Städten Düsseldorf und Köln. Auch strukturpolitisch und bei den sogenannten Dynamikfaktoren der Wirtschaftsentwicklung hat unsere Region noch Entwicklungspotenzial.

Ein gemeinsames Standortmarketing und ein einheitlicher Auftritt nach außen sind deshalb unbedingt erforderlich, aber nicht ausreichend, um die Region zukunftsfähig zu machen. Schon heute gilt das Städtedreieck nach außen hin durchaus als gut aufgestellt und gut vermarktet. Nach innen sieht es da

schon deutlich bescheidener aus.

Die Integration muss aber weiter gehen – vor allem auch nach innen. Mögliche Wege hat die „Bergische Kommission“ in ihren „Empfehlungen zur Weiterentwicklung der regionalen Kooperation im Bergischen Städtedreieck“ herausgearbeitet. In der Kommission haben drei ehemalige bergische Oberbürgermeister, der frühere Oberbürgermeister von Aachen sowie Vertreter der bergischen IHK, der Bergischen Universität und einer regionalen Sparkasse mitgearbeitet. In ihren „Grundsätzen der interkommunalen Kooperation“ fordert die Kommission ein Bekenntnis der drei bergischen Großstädte zur weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit, lässt ihnen dabei aber ausdrücklich die Freiheit, selbst über Form und Tiefe zu entscheiden. Es geht dabei um die berühmte freiwillige Verbindlichkeit von Verabredungen. Dabei müssen selbstverständlich Politik, Verwaltung, Öffentlichkeit und Wirtschaft und insbesondere die regionalen Medien mit ins Boot geholt werden.

### Städtedreieck zu einem gemeinsamen Oberzentrum machen

Eine verstärkte Zusammenarbeit muss auch institutionalisiert werden. Nur so können ein ausreichendes Maß an Verbindlichkeit, die notwendige Aufgabenbündelung und ein effizientes Management erreicht werden. Eine gemeinsame regionale Wirtschaftsförderung, eventuell in Form einer Holding-Struktur, könnte hier eine Modellfunktion übernehmen. Gleichwohl wird keine vollständige Zusammenführung der drei Gebietskörperschaften in ein neues städtisches Gebilde angestrebt. An mutigen Entscheidungen führt dennoch kein Weg vorbei.

Die Landesplanung könnte das Zusammenwachsen nachhaltig unterstützen, indem sie die drei bergischen Großstädte planerisch als ein Oberzentrum ausweist und behandelt. Bislang ist nur Wuppertal Oberzentrum, Remscheid und Solingen sind trotz ihrer großstädtischen Struktur nur Mittelzentren. Die IHK fordert deshalb die Einrichtung eines gemeinsamen bergischen Oberzentrums.

Die Städtereion Aachen hat bei der regionalen Kooperation Wegweisendes erreicht und mit Hilfe eines eigenen „Aachen-Gesetzes“ die verbindlichen Strukturen der Zusammenarbeit der vormals kreisfreien Stadt Aachen mit den weiteren Städten der Region neu organisiert.

Eine solche Struktur mit zahlreichen gemeinsamen Verwaltungsbereichen, einheitlichem Standortmarketing und vielen anderen Synergieeffekten ist für das Bergische Städtereieck nicht nur denkbar und wünschenswert, sondern notwendig. Eine führende Rolle muss hier die Bergische Entwicklungsagentur



Stark wie ein (bergischer) Löwe sind Wuppertal, Solingen und Remscheid nur gemeinsam.



Verbindendes Symbol der Region:  
Die Müngstener Brücke mit dem Brückenpark.

spielen, die deshalb in ihren Funktionen gestärkt werden muss. Dies gilt im Besonderen auch für die neue Förderperiode der EU ab 2014. Hier müssen kurzfristig die Weichen für eine Fortführung der Agentur gestellt werden.

Die notwendigen Veränderungen in der regionalen Zusammenarbeit bedeuten eine große Gestaltungsaufgabe insbesondere auch für die politisch Verantwortlichen in den einzelnen Kommunen. Dies setzt allerdings voraus, dass auch die Politiker den Ernst der Lage noch deutlicher erkennen. Mit verbindlichen Strukturen für die verstärkte Zusammenarbeit könnte unsere Region für Aufmerksamkeit sorgen und auch attraktiver für neue Investoren werden. Gelingt dies nicht, werden die drei bergischen Großstädte mittelfristig im globalen Standortwettbewerb nicht bestehen.

## Forderungen der IHK



- ▶ Gemeinsames Standortmarketing und bergische Wirtschaftsförderung aufbauen
- ▶ Verbindliche Strukturen für verstärkte Zusammenarbeit schaffen und „Alleingänge“ beenden
- ▶ Fortführung der Bergischen Entwicklungsagentur gewährleisten
- ▶ Bergisches Oberzentrum schaffen

► **Oberziel III: Struktur und Image der Region verbessern**

## Wir sind (auch) Rheinland – Metropolregion mit Leben füllen



Das Bergische Städtedreieck ist ein starkes Stück Rheinland.

Das Bergische Städtedreieck liegt mit seinen heute 620.000 Einwohnern an der Nahtstelle zwischen Rheinland, Ruhrgebiet und Westfalen. Als selbständige Region verfügen die 36.500 Unternehmen immer noch über eine Ertragskraft, die mit einem kleinen Bundesland vergleichbar ist.

Während große Teile des nördlich angrenzenden Ruhrgebiets stets im Blick der Förderinstitutionen aus Europa, Bund und Land standen, ist das Bergische Städtedreieck erst seit 2007 EU-Fördergebiet nach Ziel 2. Die benachbarte Rheinschiene hat in den letzten Jahren eine

wesentlich dynamischere Entwicklung erlebt als die ebenfalls angrenzenden Wirtschaftsräume in Westfalen.

Um dem Rheinland als Region ein stärkeres Gewicht zu verleihen und zu einer verbesserten Marken- und Imagebildung beizutragen, haben die IHKs Aachen, Bonn, Düsseldorf, Köln und Mittlerer Niederrhein vor zwei Jahren eine Initiative Rheinland gegründet. Sie soll durch gemeinsame Aktivitäten zur Stärkung der Region beitragen und in naher Zukunft den Status einer „Metropolregion“ erreichen.

Das Bergische Städtedreieck legte zunächst Wert auf seine Eigenständigkeit und ist dieser Initiative erst im März 2011 beigetreten. Der Beitritt erfolgte, nachdem sich die Unternehmerinnen und Unternehmer in der Vollversammlung nachdrücklich für eine engere Anbindung an die Wachstumsregion Rheinland ausgesprochen hatten. Ziel ist es, unsere Region mit allen ihren Stärken, insbesondere im Bereich der nach wie vor sehr leistungsfähigen Industrie, einzubringen. Klar war von Anfang an auch, das Städtedreieck nur als Ganzes in die Initiative einzugliedern. Die einzelnen Städte Wuppertal, Solingen und

Remscheid sind nicht bedeutend genug, um mit Köln oder Düsseldorf konkurrieren zu können.

Nun konzentrieren sich die Aktivitäten der gemeinsamen IHK-Initiative darauf, auch die kommunale Seite vom Sinn einer Metropolregion Rheinland zu überzeugen. Für die kommenden Jahre ist es daher Ziel der IHK, eine leistungsfähige Metropolregion auf der Basis von Wirtschaft und Kommunen zu etablieren und mit Leben zu erfüllen. Beispielhafte Aktivitäten sind der erfolgreiche Forschungsdialog im Rheinland, das rheinische Konjunkturbarometer, die Erarbeitung von gemeinsamen Verkehrsleitlinien sowie die Schaffung von Diskussionsplattformen. Mittelfristig soll eine gemeinsame Planungsregion Rheinland analog zu den Strukturen im Ruhrgebiet erreicht werden. Ansatzpunkte hierfür bieten sowohl die Fortschreibung der Landesentwicklungsplanung, als auch der künftige Regionalplan.

Das Bergische Städtedreieck wird sich als starke Wirtschaftsregion innerhalb der Initiative engagieren. Dabei sollte aber weiterhin auf eine gewisse Eigenständigkeit Wert gelegt werden, da die hiesigen Wirtschaftsstrukturen sich deutlich vom stärker dienstleistungsgeprägten Kern des Rheinlandes unterscheiden. Außerdem müssen auch die Beziehungen zu den westfälischen Nachbarregionen weiter gepflegt werden. Dort gibt es zahlreiche Gemeinsamkeiten in der Wirtschaftsstruktur, insbesondere in der äußerst vielfältigen Metallverarbeitung und dem Maschinenbau.

## Forderungen der IHK



- ▶ Aktive Mitgestaltung der Initiative Rheinland durch die bergische IHK
- ▶ Vertiefung der Zusammenarbeit von Kommunen und IHKs
- ▶ Gemeinsames Verkehrsmanagement
- ▶ Gemeinsame Kultur- und Tourismusvermarktung



Das Bergische Städtedreieck war beim Metropolenkongress 2011 in Köln prominent und kompetent vertreten.

## ► **Oberziel III: Struktur und Image der Region verbessern**

# **Berg(isch) is beautiful - Standortattraktivität für Einzelhandel, Hotels und Gaststätten erhöhen**

Unsere Städte entwickelten sich bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts zu Versorgungszentren, die viele Daseinsgrundfunktionen gleichzeitig erfüllten (Versorgung, Bildung, Arbeiten, Wohnen, Begegnung). Die zunehmende Motorisierung der vergangenen 60 Jahre hat dazu geführt, dass diese Funktionen heute vielfach getrennt und nicht mehr in den Innenstädten angesiedelt sind. Ein Teil der Bevölkerung zog in die Stadtrandgebiete, Unternehmen verlagerten ihre Standorte in Büro- und Gewerbeparks und Einzelhandelsunternehmen siedelten sich verkehrsgünstig auf der grünen Wiese an. Diese Entflechtung von Funktionen hatte nachteilige Folgen für die Zentren. Da diese jedoch weiterhin zentrale Funktionen erfüllen sollen, hat der Gesetzgeber Regeln zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Zentren aufgestellt.

Zusätzlich zur Steuerung durch Gesetze zeichnet sich eine „Renaissance der

Innenstädte“ ab. Durch die Veränderung der Lebensstile steigt vielerorts das Interesse an zentralen Standorten wieder. Für das Bergische Städtedreieck ist diese Trendumkehr allerdings noch nicht zu erkennen. Hier verlieren die zentralen Lagen weiter an Bedeutung, wie an den Umsatz- und Zentralitätszahlen für die bergischen Großstädte zu erkennen ist (siehe Grafiken auf S. 19). Diese Entwicklung muss dringend gestoppt werden.

## **Zentren stärken**

Auf Dauer sind nur Städte mit attraktiven und identitätsstiftenden Zentren gefragte Wirtschaftsstandorte für Unternehmen und bevorzugte Wohnstandorte für qualifizierte Arbeitnehmer.

Insbesondere der Handel prägt das Bild der Zentren und sorgt für die Belebung der innerstädtischen Lagen. Des-

halb müssen die bergischen Großstädte ihre Zentren als Hauptstandorte des Einzelhandels verstehen und fördern. Die Ansiedlungspolitik muss auf hochwertige Sortimente und Dienstleistungen in den Innenstädten abzielen. Hierzu zählt auch die Schaffung von handelsfreundlichen Rahmenbedingungen wie zum Beispiel eine gute Erreichbarkeit mit allen Verkehrsträgern und eine kundenfreundliche Parkplatzsituation.

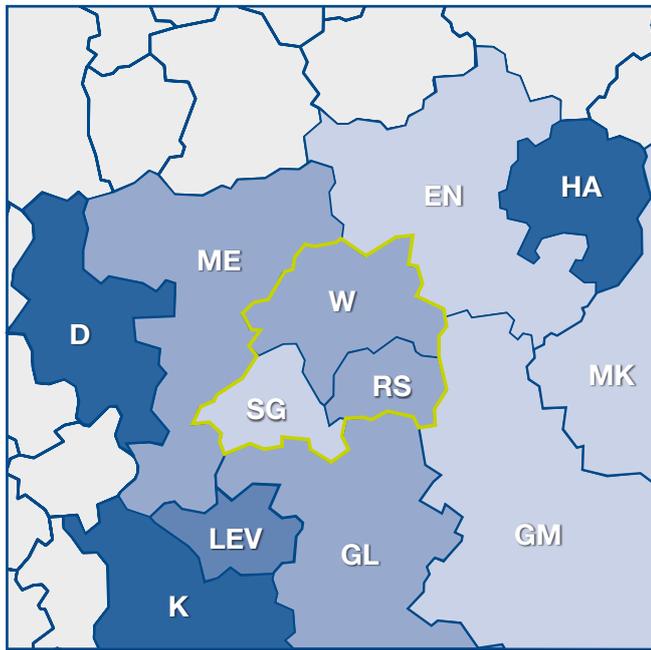
Zeitgemäße und hochwertige Innenstadtstandorte sind möglich, erfordern jedoch stetige Investitionen in Umbau und Neubau von Immobilien sowie in den öffentlichen Raum. Insbesondere die Vergrößerung und Modernisierung zu kleiner und veralteter Ladenlokale in zentralen Lagen ist von Bedeutung. Hierzu können die Kommunen durch eine wirtschaftsfreundliche Genehmigungspraxis beitragen. Die privaten Grundeigentümer sind gefordert, da sie von einem attraktiven Einzelhandelsstandort durch stabile oder gar steigende Mieten und Immobilienwerte direkt profitieren.

Zur Stärkung der Innenstädte stehen den Kommunen Instrumente zur Verfügung, mit denen sie ihre Konzepte planerisch umsetzen können. Beispiele hierfür sind das Regionale Einzelhandelskonzept und die Bauleitplanung. Notwendig ist hierzu der politische Wille, sich langfristig festzulegen. Ohne diese Selbstbindung wirkt die kommunale Planung reaktiv statt gestaltend. Jede Fragestellung wird sonst zu einer, von außen häufig als willkürlich eingestuft, Einzelfallentscheidung.

Das Werben für zentrale Lagen kann durch das private Engagement von Grundeigentümern und Kaufleuten eines Zentrums gefördert werden. Die privatwirtschaftlichen Initiativen der so



Der Umbau des Wuppertaler Döppersbergs wird die Innenstadt aufwerten.



unter 100    100 bis 110    110 bis 120    über 120

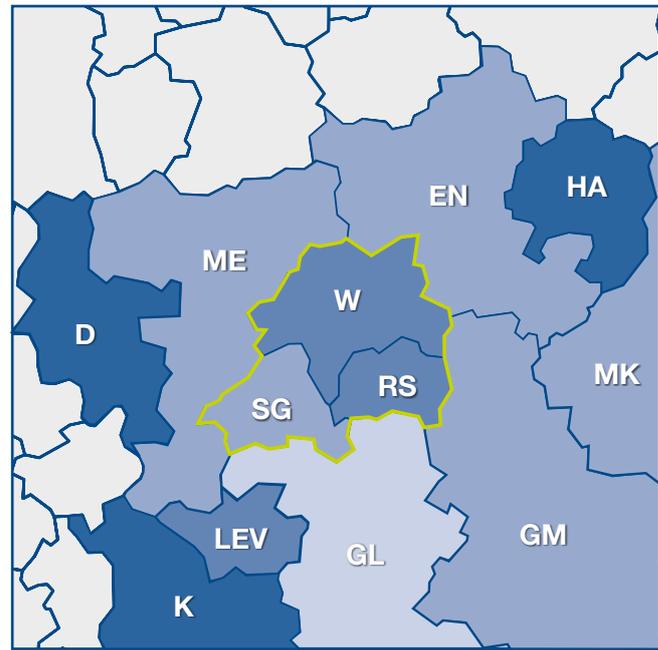
### POS-Umsatz

POS ist die Abkürzung für „Point of Sale“. Der POS-Umsatz ist somit der Umsatz am Einkaufsort. Dieser POS-Umsatz als Index je Einwohner stellt den Einzelhandelsumsatz einer Region im Vergleich zum Bundesdurchschnitt dar. Der Bundesdurchschnitt beträgt 100.

genannten Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISG) können dazu beitragen, die Zentren trotz mangelnder öffentlicher Mittel attraktiver zu gestalten und Kaufkraft anzulocken. Ein Beispiel hierfür ist die Initiative ISG Barmer-Werth e.V., welche sich die Attraktivierung der Barmer Fußgängerzone zur Aufgabe gemacht hat. Auch in Solingen-Ohligs, auf der Remscheider Alleestraße und in Wuppertal-Elberfeld gibt es entsprechende Initiativen. Hier ist seitens der öffentlichen Hand eine positive Haltung und die Unterstützung mit Fachwissen wichtig, auch wenn das informelle Instrument der ISG für die bergischen Städte neu ist. Der bürgerschaftliche Einsatz muss Unterstützung erfahren. Die IHK hilft ihrerseits gerne bei der Entstehung und Umsetzung dieser privatwirtschaftlichen Initiativen.

Projekte, wie der Umbau des Döppersbergs in Wuppertal, tragen dazu bei,

die Innenstädte optisch und funktional aufzuwerten. Sie dürfen nicht dazu führen, dass Kaufkraft während der langen Umbauphasen abwandert und dadurch die Handelszentren unter Druck geraten. Daher sind in Zeiten von Multi- und Social-Media alle (Marketing-) Mittel zu nutzen, um über und für die Standorte zu informieren. Hier können die erfahrenen Akteure der Kaufmannschaft die Kommunen unterstützen. Letztere müssen bereit sein, sich beraten zu lassen und über Sachzwänge offen zu informieren. Dazu müssen neue Kommunikationsformen und -wege unbürokratisch eingeschlagen werden. Ein positives Beispiel dafür ist der monatlich in der IHK stattfindende Jour fixe zum Döppersberg-Umbau. Vertreter der Verwaltung informieren dort über die nächsten geplanten Schritte; Unternehmer, Einzelhandelsverband und IHK-Experten bringen ihr Fachwissen mit ein. Gemeinsam wird versucht, bestmögliche



unter 90    90 bis 100    100 bis 110    über 110

### Einzelhandelszentralität

Die Zentralitätskennziffer setzt den Umsatz einer Region in das Verhältnis mit der regionalen einzelhandelsrelevanten Kaufkraft. Es wird demzufolge das Einkaufspotenzial dem tatsächlichen Umsatz einer Region gegenüber gestellt. Bei Werten unter 100 bleibt die Region unter ihren potenziellen Möglichkeiten, bei einem Wert über 100 zieht die Region Kaufkraft von Außen an, ist also ein attraktiver Einkaufsort.

Lösungen – beispielsweise für die Verkehrsführung während der einzelnen Bauphasen – oder das Baustellenmarketing zu erarbeiten.

### Die Nahversorgung sichern

Im Gegensatz zu zentralen Innenstadtstandorten, ist für die Deckung des täglichen Bedarfs der Bevölkerung eine dezentrale Nahversorgung anzustreben. In vielen Wohnlagen des Bergischen ist durch die heute eher autoorientierte Ausrichtung des täglichen Einkaufs an eine fußläufige Nahversorgung nicht mehr zu denken. Das weitere Sinken der Einwohnerzahl und die damit einhergehende geringere Bevölkerungsdichte bedeuten eine große Herausforderung. Die Einzugsgebiete des Lebensmitteleinzelhandels werden automatisch wachsen. Um weiterhin attraktive Wohnstandorte mit zeitgemäßer Nahversor-

gung bieten zu können, müssen kom-  
 munale Planungen über einen bloßen  
 Bestandsschutz hinausgehen und den  
 ansässigen Händlern wirtschaftlich ver-  
 nünftige Expansionsmöglichkeiten ein-  
 räumen. Dort wo eine Unterversorgung  
 der Wohnlagen besteht, ist an sinnvollen  
 Standorten die Entwicklung zentraler  
 Versorgungsbereiche vorzusehen. Die  
 Kommunen sollten zur Steuerung und  
 langfristigen Sicherung Nah- und  
 Grundversorgungskonzepte aufstellen.  
 Hier ist die Stadt Remscheid bereits mit  
 gutem Beispiel vorangegangen.

## Dem Wandel begegnen

Der Wandel im Konsumverhalten ist  
 Ausdruck sich verändernder Lebensstile.  
 Er hat zur Herausbildung unterschied-  
 licher Einzelhandelsstandorte und Be-  
 triebsformen geführt. Um diesem Wan-  
 del im Handel Rechnung zu tragen,  
 müssen von allen Akteuren – Politik und  
 Kaufmannschaft – nachhaltige Strate-  
 gien entwickelt und konsequent verfolgt  
 werden, um langfristig zur Zukunftsfä-  
 higkeit des Wohn- und Wirtschafts-  
 standorts Bergisches Städtedreieck bei-  
 zutragen.

Vorrangiges Ziel der Politik muss es  
 sein, eine stabile Entwicklung des Ein-  
 zelhandels in den bergischen Großstäd-  
 ten zu fördern und zwar unabhängig  
 von der Betriebsform: ob Kaufhaus,  
 Shopping-Center, Filialunternehmen oder  
 inhabergeführter Einzelhandel. Es gilt,  
 die Ansiedlung von großen und kleinen  
 Einzelhandelsvorhaben nicht pauschal  
 zu beurteilen, sondern jeweils ortspezi-  
 fisch zu bewerten, wie die Einzelhan-  
 delssituation verbessert werden kann.

Dies gilt auch für große Investitions-  
 vorhaben wie Ikea in Wuppertal, ein  
 DOC in Remscheid oder den „Hofgarten“  
 (ehemaliger Karstadt-Standort) in So-  
 lingen. Vorrangiges Ziel der Kaufleute  
 muss es sein, Neuerungen wie beispiels-  
 weise das Internet nicht als Bedrohung,  
 sondern als Chance zu verstehen.

Der Kundenanteil der „Digital Na-  
 tives“ – der mit dem Computer Aufge-  
 wachsenen – nimmt deutlich zu. Je nach  
 Stimmung und Rahmenbedingungen  
 wechseln sie ganz selbstverständlich  
 von Online- zu Offline-Handel und um-  
 gekehrt. Sie kaufen also multioptional  
 statt einem Vertriebsweg treu zu blei-  
 ben. Die Kaufmannschaft sollte diese  
 Impulse aufnehmen und alle Vertriebs-  
 und Marketingkanäle miteinander ver-  
 zahnern.

## Region als gemeinsame Marke touristisch entwickeln

Mit dem neu entwickelten „Master-  
 plan 2.0 für das Bergische Städtedrei-  
 eck“ hat die Region einen guten Arbeits-  
 plan, um sich zu einem attraktiven Ta-  
 gesausflugs- und Kurzreiseziel zu ent-  
 wickeln. Jetzt muss das dort definierte  
 Profil einer „lebendigen, bergischen In-  
 dustriekultur“ zügig und konsequent in  
 konkrete Maßnahmen umgesetzt wer-  
 den. Die dafür notwendigen touris-  
 tischen Angebote (infrastrukturell und  
 in der Qualitätssicherung des Gewerbes)  
 sind zu stärken und einheitlich regional  
 für alle drei Städte zu installieren

## Forderungen der IHK

- ▶ Politik und Verwaltung müssen sich klar zu den Innenstädten als Hauptstandorte des Handels bekennen
- ▶ Investorenfreundliche Prüfung von Großprojekten, beispielsweise die mögliche Ansiedlung von Ikea in Wuppertal und eines DOC in Remscheid
- ▶ Investitionen in den zentralen Immobilienbestand durch die Grundeigentümer
- ▶ Unterstützung privatwirtschaftlicher Initiativen wie Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISG)
- ▶ Baustellenmanagement und -marketing für Döppersberg intensiv fortsetzen





Die bergischen Innenstädte haben schon jetzt viel zu bieten, müssen aber weiter gestärkt werden.

► **Oberziel III: Struktur und Image der Region verbessern**

## Freie Bahn für junge Unternehmer – Städtedreieck für Existenzgründer attraktiver machen



Was motiviert Menschen, sich selbstständig zu machen – und dies möglichst im Bergischen Städtedreieck? Die Gründe sind vielfältig und doch ähnlich: Es ist in erster Linie der Optimismus einen Standort auszuwählen, wo das eigene Angebot nachgefragt wird. Wichtig sind aber natürlich auch das Vertrauen in die eigenen unternehmerischen Fähigkeiten und verlässliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Was kann aus regionaler Sicht dazu beigetragen werden, um gründungswilligen Menschen ihren Weg in die wirtschaftliche Selbstständigkeit zu ebnen?

### Umfangreiches und klar strukturiertes Informations- und Bildungsangebot bereitstellen

Wichtig ist vor allem ein umfangreiches und klar strukturiertes Informations- und Bildungsangebot. Hier ist in den vergangenen Jahren bereits viel passiert. Auf der Basis des Bergischen Gründungsnetzwerks entstand 2008 das Startercenter NRW Wuppertal-Solingen-Remscheid unter der Trägerschaft der IHK und des Gründer- und Technologiezentrums Solingen. Das Center versorgt jährlich über 1.500 Menschen mit Informationsmaterial zum Thema

Existenzgründung, berät Gründungswillige und bietet eine Vielzahl von Veranstaltungen an. Wünschenswert wäre ein weiterer Ausbau der Aktivitäten in Remscheid mit einem eigenen Standort des Startercenters NRW – neben den bereits bestehenden Standorten in Wuppertal und Solingen.

Die Bergische Universität Wuppertal genießt für ihre Aktivitäten im Bereich der Gründungsforschung und -lehre einen hervorragenden Ruf. Der Lehrstuhl für Unternehmensgründung und Wirtschaftsentwicklung ist in einer Vielzahl regionaler Netzwerke (bizeps, Gründungsnetzwerk, beFit, Startercenter

NRW Wuppertal-Solingen-Remscheid) aktiv und auf diese Weise mit der Region vernetzt. Von dieser Vernetzung muss die Region auch zukünftig profitieren.

### Gründer brauchen verlässliche Rahmenbedingungen

Die Politik kann außerhalb der eigenen Verwaltung keine Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Sie ist darauf angewiesen, dass mutige Menschen den Schritt in die Selbstständigkeit wagen und so neue Arbeitsplätze entstehen. Die Politik kann diese Entwicklung aber beeinflussen, indem sie gründerfreundliche Rahmenbedingungen schafft. Dazu gehören gute Vernetzungs- und Kooperationsmöglichkeiten. Die beiden Gründer- und Technologiezentren der Region sind dabei gelungene Beispiele, wie junge Unternehmen von einer engen Betreuung und einem intensiven Netzwerk mit anderen Gründern profitieren können. Einmal in der Region vernetzt bleiben viele Unternehmen langfristig am Standort.

Weitere Faktoren, die zu einer Standortentscheidung für das Bergische Städtedreieck führen, liegen auf der Hand. Die Höhe kommunaler Steuern und Abgaben, das Angebot wirtschaftlich attraktiver Gewerbeflächen und zunehmend auch die Angebote zur Kinderbetreuung spielen – je nach Branche und Größe des geplanten Unternehmens – eine wichtige Rolle. Gerade junge Unternehmen mit oft angespannter Liquiditätslage werden aber zum Beispiel durch hohe Gebühren für die Nutzung von Außengastronomie (Wuppertal gehört hier landesweit zu den teuersten Standorten!) bis zur Existenzbedrohung belastet.

## Forderungen der IHK



- ▶ Info-Angebot für Gründer in der Region weiter ausbauen
- ▶ Finanzielle Belastung durch Gebühren und Abgaben für junge Unternehmen begrenzen



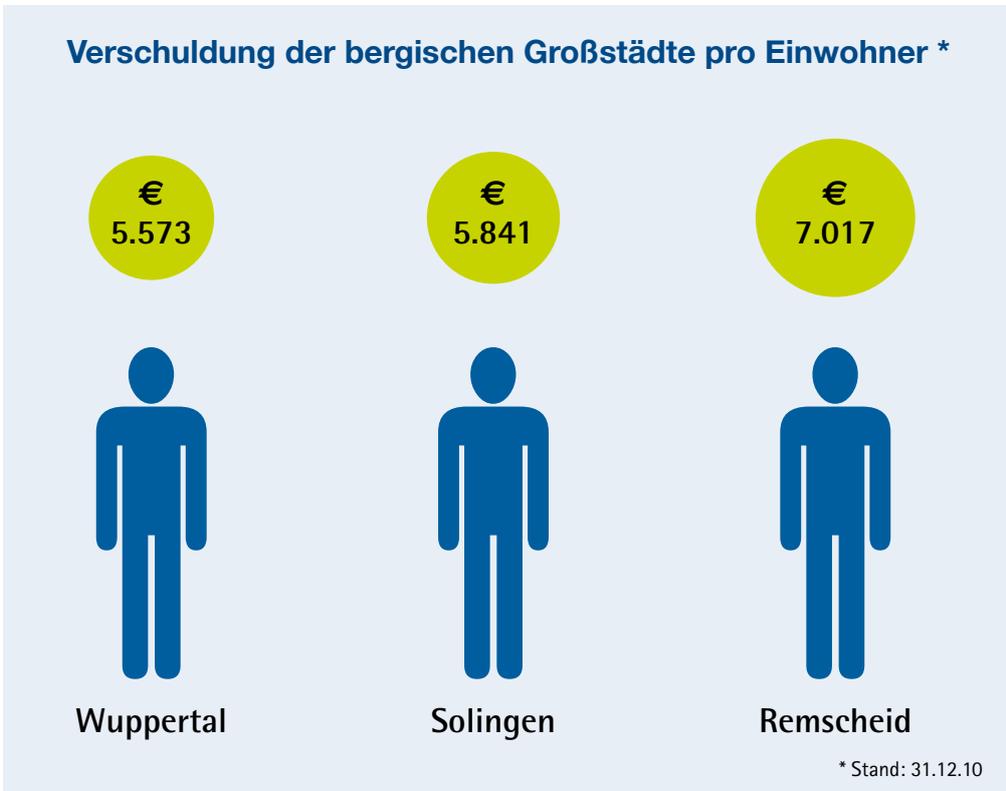
Einer von vielen erfolgreichen Existenzgründern im Städtedreieck: Thomas Kluss, seit 2011 selbständig im Bereich Lasergravur und Beschriftungen.



Die Steuermittel zur Finanzierung öffentlicher Leistungen müssen zunächst hart erarbeitet werden, bevor Politiker sie verwenden können. Die Unternehmen tragen maßgeblich zum Steueraufkommen bei. Deshalb haben sie kein Verständnis dafür, dass Bund, Land und Kommunen dauerhaft über ihre Verhältnisse leben und trotz steigender Steuereinnahmen Schuldenberge auftürmen. Die Unternehmen haben ein elementares Interesse daran, dass der Staat seine Steuereinnahmen sparsam und effizient einsetzt. Ihre Hauptforderung heißt also: Maßhalten und Effizienz. Eine dauerhaft tragfähige Lösung des Finanzproblems erfordert ein Übereinkommen zwischen dem Staat und seinen Bürgern über die öffentlichen Leistungen und deren Finanzierung durch Steuern und Abgaben. Schulden gehören künftig nur ausnahmsweise zu den Finanzierungsmöglichkeiten. Denn die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse zwingt Bund, Länder und Kommunen dazu, die Finanzierungslasten staatlicher Leistungen nicht mehr wie bisher künftigen Generationen aufzubürden. Das entscheidende Problem auf allen Ebenen des Staates besteht somit darin, das Leistungsniveau auf das finanziell Leistbare zurückzuführen.

### Steuern und Abgaben möglichst gering halten

Steuererhöhungen dürfen nur das letztmögliche Mittel zur Haushaltssanierung sein. Grundsätzlich sollten die Städte Wuppertal, Solingen und Remscheid ihre Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze auf einem wettbewerbsfä-



higen Niveau festlegen. Das ist derzeit kaum der Fall. Benachbarte Gemeinden, wie Haan, Hilden und Langenfeld, verlangen von ihren Unternehmen deutlich niedrigere Steuern. Die Hebesätze, welche die bergischen Großstädte seit 1980 in mehreren Schüben um mehr als die Hälfte angehoben haben, sind auch im Vergleich zu 2006 deutlich gestiegen (siehe Tabelle). Und die Städte ziehen die Steuerschraube weiter an: Bereits 2012 erhöhen Solingen und Remscheid ihren jeweiligen Gewerbesteuerhebesatz auf 475 beziehungsweise 460. Remscheid hebt zudem seinen Grundsteuerhebesatz auf 500 an. Die Unternehmen im Bergischen Städtedreieck fordern daher die Kommunen auf, ihre harten Standortfaktoren nicht weiter zu verschlechtern.

Auch die Abwasser- und Müllentsorgung sollte möglichst wirtschaftlich betrieben werden, damit die Bürger nicht über Gebühr belastet werden. Die Unternehmer sind insoweit Betroffene, als sie die angebotenen städtischen Leistungen vor Ort abnehmen müssen. Das gilt zwar nicht für die Müllentsorgung, wohl aber für die mit (Ab-) Wasser zusammenhängenden Dienstleistungen, da für sie ein Anschlusszwang an das Kanalnetz besteht. Die entsprechenden Gebühren liegen derzeit deutlich über den Werten von 2006. Die Städte sollten sämtliche Handlungs- und Ermessensspielräume zur Gebührensenkung nutzen. Dies betrifft beispielsweise die Art und Höhe der Investitionen sowie die kalkulatorischen Kosten, wie Abschreibungen und Zinsen.

Gewerbesteuer	Wuppertal	Solingen	Remscheid	z.Vgl. Langenfeld
2006	440	440	450	403
2011	460	460	450	360
Grundsteuer B	Wuppertal	Solingen	Remscheid	z.Vgl. Langenfeld
2006	490	490	460	381
2011	510	590	490	336

## Kommunalhaushalte vor allem durch weniger Ausgaben sanieren

Die Politik bringt auch in Zeiten knapper Kassen immer neue gesetzliche und freiwillige Aufgaben sowie höhere Leistungsstandards auf den Weg. Gleichwohl scheinen die bergischen Großstädte manche der vorgegebenen Standards sogar noch übertreffen zu wollen. So rühmt sich Wuppertal, eigene und besonders hohe Standards für das barrierefreie Bauen verbindlich gemacht zu haben. Ferner haben sich Wuppertal und Solingen erfolgreich darum beworben, neue Hartz IV- Aufgaben zu erhalten und Personal der Arbeitsagenturen in ihre Jobcenter übernehmen zu dürfen, obwohl dies mit finanziellen Risiken verbunden ist.

Die bergischen Großstädte sollten die Einsparpotenziale des demografischen Wandels konsequenter als in der Vergangenheit nutzen. Die Städte sollten sich bei den gesetzlichen Pflichtaufgaben nicht am Wünschenswerten, sondern an den vorgegebenen Mindeststandards orientieren. Hierzu müssen sie zunächst einmal ermitteln, welche Einsparpotenziale sie dadurch haben, dass sie sämtliche Pflichtaufgaben auf einem Mindestniveau erledigen. Sie sollten aktiv darauf hinwirken, dass sich ihre Pflichtaufgaben verringern. Im Wesentlichen gehört hierzu eine Aufgabenkritik in Richtung Land, Bund und EU. Bedauerlicherweise sind die Ergebnisse der Gemeindefinanzkommission auch im Bereich der Aufgabenkritik unzureichend. Es reicht nicht aus, einige wenige Standards zu diskutieren, die der Bund vorgeschrieben hat. Es muss auch darum gehen, auf die Vorgaben des Landes NRW einzuwirken und die eigenen Standards anzupassen.

## Wirtschaftlichkeit kommunaler Leistungen steigern

Mit der Einführung eines aussagekräftigen städtischen Konzernrechnungswesens können die Kommunen effiziente Konzernsteuerungen aufbauen. Dadurch werden sie in die Lage versetzt, sich interkommunal zu vergleichen und ihre Konzerne durch „Benchmarks“ zu steuern. Wuppertal, Solingen und Remscheid sollten stärker als bisher Kooperationsmöglichkeiten innerhalb des eigenen „Konzerns Stadt“ und mit anderen Städten prüfen und möglichst auch verwirklichen. Die Kooperationen können sämtliche Aufgaben betreffen, welche die Konzernteile und/oder die Städte in vergleichbarer Weise erfüllen.

Die drei bergischen Großstädte müssen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren, die sie zudem möglichst effizienter und kostengünstiger als bisher erfüllen sollten. Hierfür sollten Privatisierungen das Mittel erster Wahl sein: Die Erstellung von Gütern und Dienstleistungen durch private Unternehmen hat sich in der sozialen Marktwirtschaft bewährt. Auch öffentliche Leistungen sollten dort, wo es möglich ist, privaten Unternehmen übertragen werden. So kann Wuppertal mit der Privatisierung seines Krankenhauses rundum zufrieden sein: Wo es früher hohe öffentliche Verluste und einen Investitionsstau gab, wird jetzt privat

investiert und so erfolgreich gewirtschaftet, dass die Stadt zusätzliche Steuern vereinnahmen kann, und das alles ohne erkennbare Leistungseinbußen. Ähnliche Effizienzgewinne ließen sich beispielsweise bei der Wohnungswirtschaft, dem Gebäudemanagement oder dem Betrieb von Saunananlagen erzielen. Die Kommunen sollten prüfen, inwieweit sie auch Pflichtaufgaben privaten Unternehmen übertragen können. Hierdurch lassen sich erhebliche Einsparvorteile erzielen.

## Einnahmen der bergischen Großstädte durch Strukturreformen von Land und Bund verbessern

Es besteht dringender Handlungsbedarf, weil die bergischen Kommunen ihre Kassenkreditschulden immer schneller wachsen lassen und ihr Eigenkapital verbrauchen. Denn wie viele NRW-Großstädte haben Wuppertal, Solingen und Remscheid seit Mitte der 90er Jahre ihren Haushalt nicht mehr ausgeglichen. Seitdem nutzen sie das eigentlich kurzfristige und unterjährige Instrument der Liquiditätskredite immer stärker für die dauerhafte Finanzierung konsumtiver Ausgaben. Dadurch erwächst ihnen eine



gefährliche Zusatzverschuldung, ohne dass entsprechende Vermögenswerte geschaffen werden.

Eine nachhaltige Gesundung der Finanzen der drei bergischen Großstädte kann aber nicht ohne Mitwirkung des Landes und des Bundes erreicht werden. Diese Erkenntnis gilt unabhängig davon, inwieweit Wuppertal, Solingen und Remscheid ihre dramatische Finanzlage selbst verschuldet haben. Bund, Land NRW und die Kommunen müssen deshalb gemeinsam eine neue Stabilitätskultur auf den Weg bringen. Wir begrüßen deshalb, dass das Land die bundesweite Schuldenbremse auch in der Landesverfassung verankern möchte. Das Land muss darauf achten, dass Hilfen für notleidende Kommunen nachhaltig wirken. Die Maßnahmen dürfen nicht nur zu Verschiebungen zwischen Bund, Land und Kommunen führen, sondern müssen langfristige Anreize für ein stabilitätskonformes Verhalten der öffentlichen Hand liefern.

Das Land sollte seinen Kommunen grundsätzlich wieder einen größeren Anteil an den Steuereinnahmen überlassen, auch wenn dies den Konsolidierungsdruck beim Land erhöht. Die hohen Wachstumsraten der Transferaufwendungen haben wesentlich zur kommunalen Finanzmisere beigetragen. Die stärkere Berücksichtigung der sozialen Transferleistungen beim Kom-

munalen Finanzausgleich ist daher ein Schritt in die richtige Richtung. Die IHK fordert, die Finanzkraft der strukturschwachen Kommunen noch weiter zu stärken. Der Bund wird die Kosten der „Grundsicherung im Alter“ ab 2014 vollständig übernehmen, eine notwendige, aber nicht hinreichende Maßnahme. Er muss sich noch stärker an den Soziallasten beteiligen.

### Nothilfemaßnahmen zur Stabilisierung der bergischen Haushalte auf den Weg bringen

Schulden- und Haushaltshilfen von Land und Bund für die notleidenden bergischen Kommunen sind dringlich. Das vom Landtag verabschiedete Stärkungspaktgesetz geht in die richtige Richtung, ist aber verbesserungsbefürchtigt. Das Land wird darauf achten

müssen, dass es stabilitätsorientierten Kommunen keine übermäßigen Solidarlasten abfordert. Fehlanreize für die Zukunft sind zu vermeiden. Hierfür sind neben glaubhaften Sanktionen für Fehlverhalten (Belohnungs-) Anreize für stabilitätskonformes Verhalten vonnöten. Die IHK unterstützt deshalb die Solinger Politik, die zu Recht fordert, dass ihre Konsolidierungsmaßnahmen zur (vorläufigen) Vermeidung einer Überschuldung vom Land honoriert werden sollten. Denn mit Blick auf die beabsichtigte konsequente Konsolidierung waren auch die Solinger Unternehmer letztlich bereit, schmerzliche Hebesatzerhöhungen bei der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer zu akzeptieren. Sollten vom Land gesetzte Fehlanreize die Solinger Motivation für schmerzliche Ausgabensenkungen untergraben, entfele auch die Geschäftsgrundlage für den bereits akzeptierten Sonderbeitrag der Solinger Wirtschaft.

## Forderungen der IHK

- ▶ Steuern und Abgaben niedrig halten
- ▶ Kommunale Leistungen an die finanzielle Leistungsfähigkeit anpassen
- ▶ Kommunale Haushalte vor allem durch Ausgabenkürzungen sanieren
- ▶ Einsparungen durch interkommunale Zusammenarbeit erreichen
- ▶ „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ zu Gunsten der bergischen Großstädte umsetzen





# Impressum

## IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid

Heinrich-Kamp-Platz 2

42103 Wuppertal

Telefon: 0202 2490-0

Telefax: 0202 2490-999

E-Mail: [ihk@wuppertal.ihk.de](mailto:ihk@wuppertal.ihk.de)

Internet: [www.wuppertal.ihk24.de](http://www.wuppertal.ihk24.de)

## Gestaltung & Satz

Media Nova Gesellschaft für multimediale

Kommunikation mbH, Wuppertal

## Bildnachweise

Aclewe/IIR (17)

Domino/Pixelio (7)

Fotolia (8, 26)

Nico Hertgen (6)

IIR (16)

Martin Kempner (5, 21)

Mike König (9)

Günter Lintl (12, 14, 15, 21)

Uwe Schinkel (21)

Anna Schwartz (2, 3, 11, 22, 23, 24)

Stadt Wuppertal (18)





Industrie- und Handelskammer  
Wuppertal-Solingen-Remscheid

Heinrich-Kamp-Platz 2  
42103 Wuppertal

Telefon: 0202 2490-0  
Telefax: 0202 2490-999

[ihk@wuppertal.ihk.de](mailto:ihk@wuppertal.ihk.de)  
[wuppertal.ihk24.de](http://wuppertal.ihk24.de)

